

Serie: Macherin des Monats

# Die Stimme des Sachlichen

In der aufgeheizten Debatte über das Gebäudeenergiegesetz setzt Lamia Messari-Becker auf Klarheit und Ruhe.



Foto: Astrid Eckert

Unaufgeregt und klar: Lamia Messari-Becker hat schon früh gesagt, wie die Energiewende besser umgesetzt werden kann.

Über kein anderes Gesetz wurde in diesem Jahr so intensiv diskutiert wie über das Gebäudeenergiegesetz (GEG), auch Heizungsgesetz genannt. Boulevardzeitungen kürten das Vorhaben von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) „Heiz-Hammer“ und malten das Bild eines Politikers, der den Deut-

schen die Gasheizungen aus dem Keller reißt. Klimapolitik wurde emotional, lautstark. Verbände äußerten sich, kommentierten, lobbyierten, bis weder Hausbesitzer noch Handwerker wussten, wo der Hammer hängt. Nur eine saß bei Markus Lanz und Anne Will in den Talkshows, schrieb Gastbeiträge, formulierte konkrete Vorschläge,

führte TV-Interviews – und ließ sich nicht aus der Ruhe bringen: Lamia Messari-Becker.

Die gebürtige Marokkanerin ist Bauingenieurin mit internationaler Praxiserfahrung und seit 2013 Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen. Von 2016 bis 2020 war sie Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU), zuständig für Bauingenieurwesen und nachhaltige Stadtentwicklung. Sie äußerte sich immer wieder abweichend von den anderen SRU-Mitgliedern, etwa als sie vorschlugen, Experten mit Vetorecht gegen das Parlament auszustatten. Als Svenja Schulze 2020, damals als Bundesumweltministerin, den SRU neu zusammensetzte, ordnete sie den Bereich „Bauen und Wohnen“ offenbar nicht mehr als umweltrelevant ein. Sie berief Messari-Becker nicht wieder. Dabei ver-

dringenden ökonomischen und ökologischen Veränderungen bei Bau und Energie sozialverträglich und technisch innovativ erfolgen sollten. Dass, statt Autos zu verbieten, eine Stadt der kurzen Wege sinnvoller ist. Dass mehr Wärme berücksichtigt werden muss als nur auf Strom zu schauen. Dass Quartiersansätze zielführender sind als den Fokus auf Einzelgebäude zu legen. Und dass bei Nachhaltigkeitsfragen demokratisch im Rahmen unserer Verfassung entschieden werden muss und eben nicht über Räte mit Vetorecht gegen das Parlament. Diese Überzeugungen vertritt sie heute öffentlich und in Gremien, unter anderem im Bundestag, im Zukunftsrat nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz, im Progressiven Zentrum Berlin oder im Club of Rome.

Quartiersansätze und kommunale Lösungen der Wärmewende brachte kaum jemand so früh und energisch in die Öffentlichkeit wie sie. Das Kapitel dazu im SRU-Gutachten 2020 musste sie gegen Widerstände durchsetzen. Heute sind solche Ansätze Teil des Koalitionsvertrages und essenziell, weil viele Bürger von GEG-Vorgaben und EU-Sanierungspflichten überfordert werden.

Doch deutschlandweit bekannt wurde Messari-Becker nach der Flutkatastrophe: Sie forderte mehr Klimaanpassung. Als Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) seinen Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz veröffentlichte, argumentierte sie in den Medien frühzeitig, dass hier viel falsch läuft. Das Ministerium für Wirtschaft und Klima setze zu sehr auf Strom, sagte sie, lange, bevor die Debatte rund ums GEG richtig begann. Auf die Frage, wo Deutschland bei der Energiewen-

de angesichts der Möglichkeiten steht, antwortete Messari-Becker auch im Interview mit dem Wirtschaftskurier: „Die Optionen wären da, wenn man nur wollte.“ Zu



**Die Förderung sollte sich an der CO<sub>2</sub>-Minderung ausrichten, nicht nur an den Kosten des Heizungstauschs.**

Wind und Photovoltaik müssten weitere erneuerbare grundlastfähige Energiequellen kommen – Biomasse, Biogas, Geothermie und Abwärme. Die Regierung glaube, eine Industrienation nur mit Strom und dann auch nur aus Wind und Photovoltaik und das auch ohne nennenswerte Speicherkapazitäten versorgen zu können. Das sei Wunschdenken. Ein Plan sei nötig, der die Ausstiege aus fossilen Energien mit den Einstiegen in erneuerbare Energien abstimme. Inzwischen will Kanzler Olaf Scholz (SPD) stärker auf Geothermie setzen. Dass Bürger beim Einspeisen von Ökostrom viel weniger Vergütung erhalten als sie beim Einkaufen zahlen, kritisierte sie oft. Habeck reagierte und versprach Verbesserung. Stets betonte sie, dass die Kommunen vor Ort eine wichtige Rolle spielten.

Wer sich die Änderungen am GEG genau ansieht, bekommt das Gefühl, dass Habeck und seine Leute besonders nach dem Abschied von Staatssekretär Pa-

trick Graichen die Vorschläge von Messari-Becker eins zu eins übernommen haben. Die Wärmepläne der Kommunen erhalten eine zentrale Rolle. Die Fokussierung auf strombasierte Heizungen wurde stark zurückgedreht. Es gibt mehr Optionen. Und dass die Gebäude der Kommunen vom GEG abweichen dürften – was sie als Erste im Kleingedruckten entdeckt hat – ist auch widerrufen, ebenso der Passus, dass es eine Grenze für 80-Jährige geben sollte.

Nun hat der Bundestag das Heizungsgesetz immer noch nicht beschlossen. Auch wenn es aus ihrer Sicht „inhaltlich gegenüber dem Entwurf deutlich besser“ geworden und „tatsächlich technologieoffen“ ist: Messari-Becker findet es noch zu „kompliziert“, „kleinteilig“ und sieht ein Manko darin, dass das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung erst später fertig wird. Zudem sollte sich die Förderung an der CO<sub>2</sub>-Minderung ausrichten, nicht nur an den Kosten des Heizungstauschs. All das formuliert sie mit Nachdruck, aber sachlich. Knallige Zitate in Überschriften sieht die Wissenschaftlerin ungern. Sie will gehört werden, aber nicht um jeden Preis. Das tut der Debattenkultur in Deutschland gut. Angefeindet wird sie dennoch. Auch darin liegt ein Grund für Ihre Vorsicht. Journalisten, die sie interviewen wollen, müssen sich auf präzise Abstimmungsrunden einstellen. Politische Parteinahme ist ihr fremd, was sie von vielen anderen unterscheidet.

Hausbesitzern rät sie, Ruhe zu bewahren und alle Optionen zu prüfen, getreu dem Grundsatz der Ingenieurszunft: Verliebe dich nicht in ein bestimmtes Gerät oder eine bestimmte Technik.

Thorsten Giersch



**Zu Wind und Photovoltaik müssten weitere erneuerbare grundlastfähige Energiequellen kommen.**

ursacht Bauen 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen und 35 Prozent des Endenergieverbrauchs.

Die Ingenieurin hat eben ihre Überzeugungen – und die sind seit Jahren sehr stabil. Dass die